Pflanzplanung Weigandufer

zwischen Innstraße und Fuldastraße

August 2019

Bezirksamt Neukölln

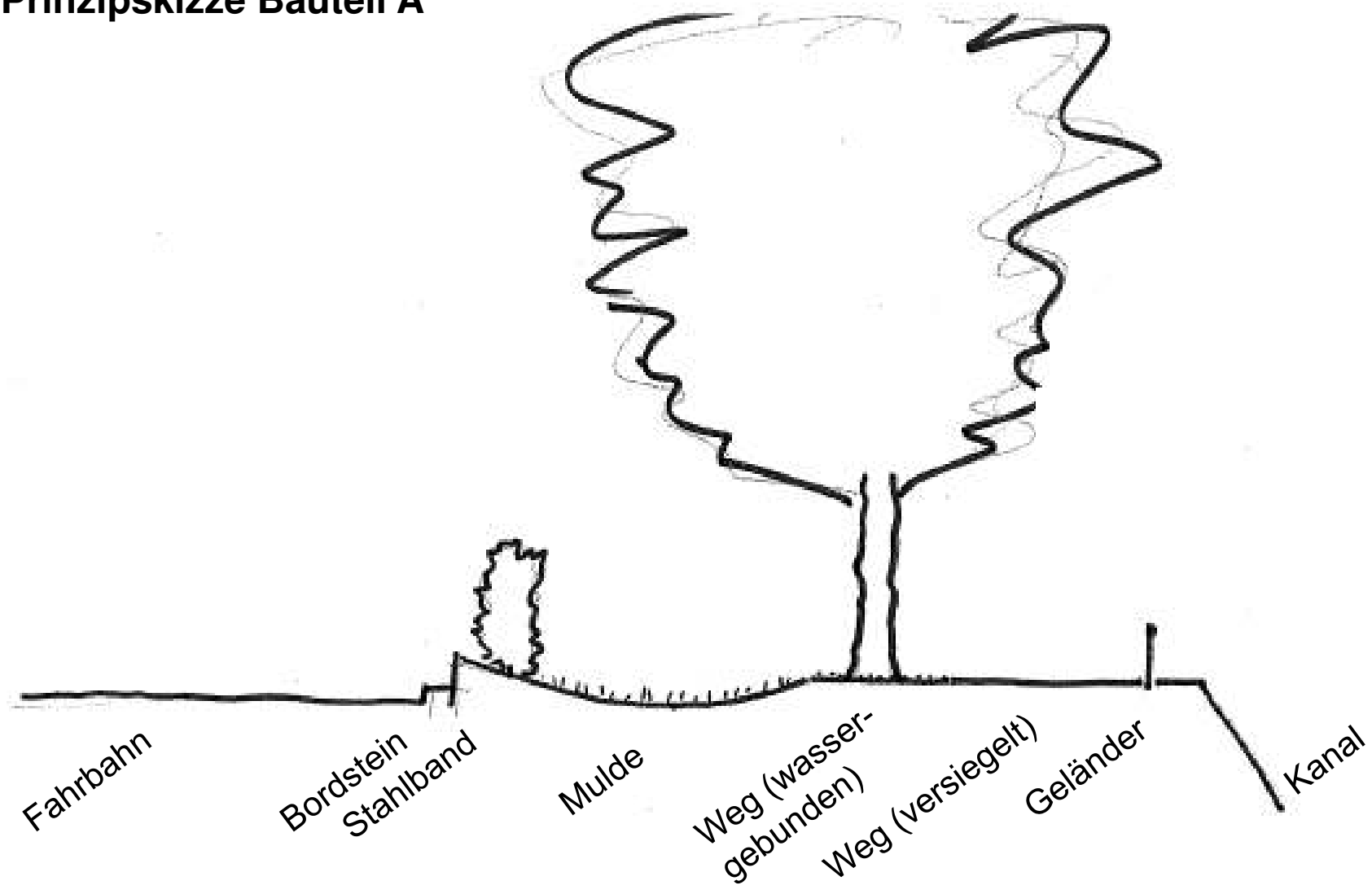
be Berlin

Pflanzplanung

Bauteil A (zwischen Wildenbruch- und Fuldastraße)

- Anpflanzung von Sträuchern auf der straßenzugewandten Muldenböschung
- Anpflanzung von Bäumen

Prinzipskizze Bauteil A



Pflanzplanung

Bauteil A

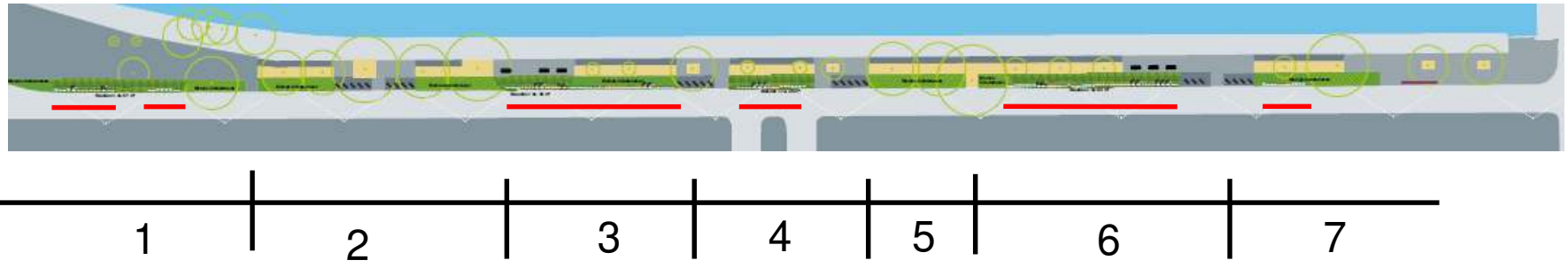
Anpflanzung von Sträuchern auf der straßenzugewandten Muldenböschung:

- 5 Feldahorn
- 36 Hartriegel
- 13 Weißdorn
- 42 Liguster
- 44 Heckenkirschen

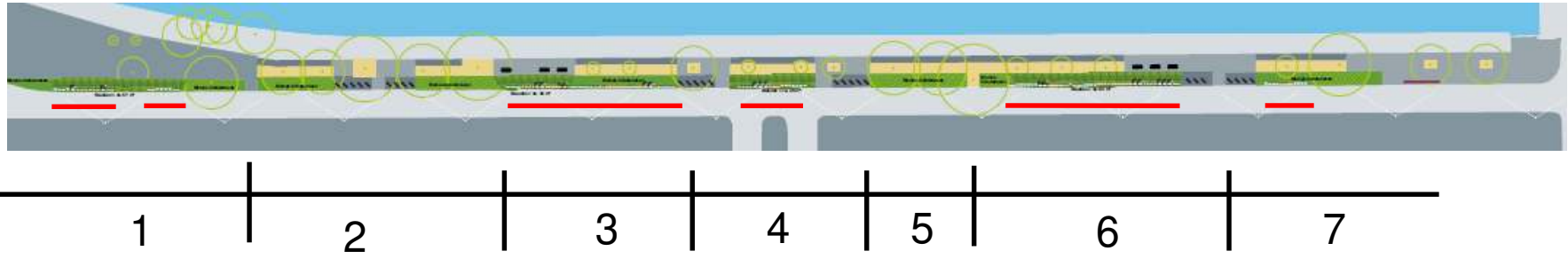
→ Gesamt: **140 Sträucher**, 110 lfm

Anpflanzung von **Bäumen**:

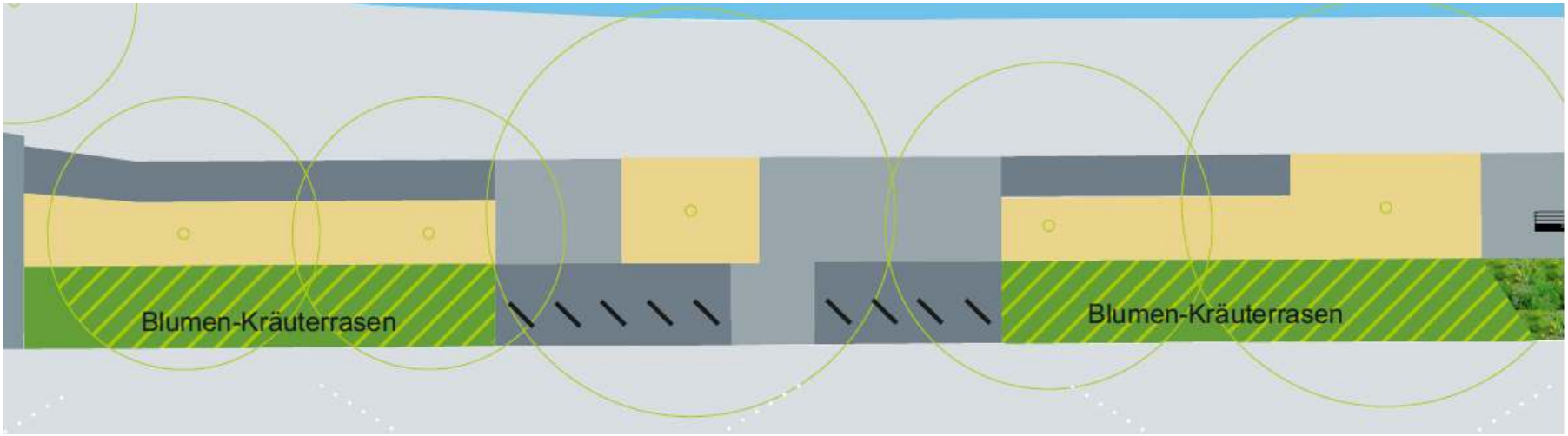
- 4 Silberweiden

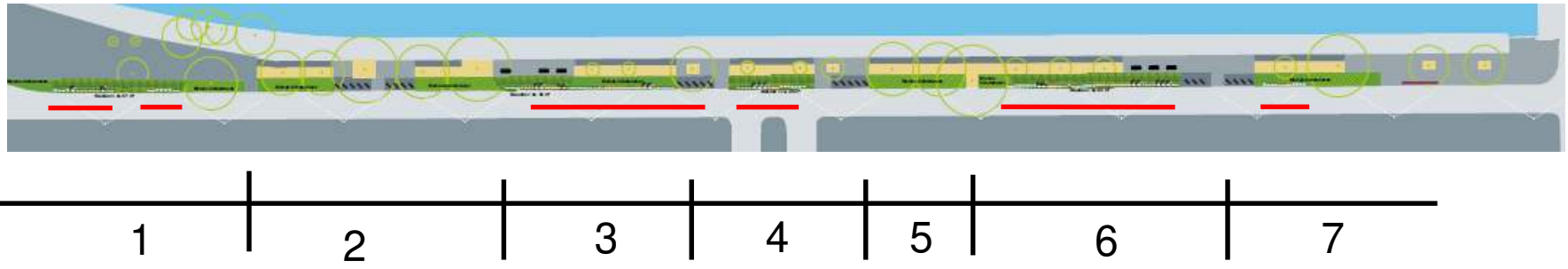


Abschnitt A.1

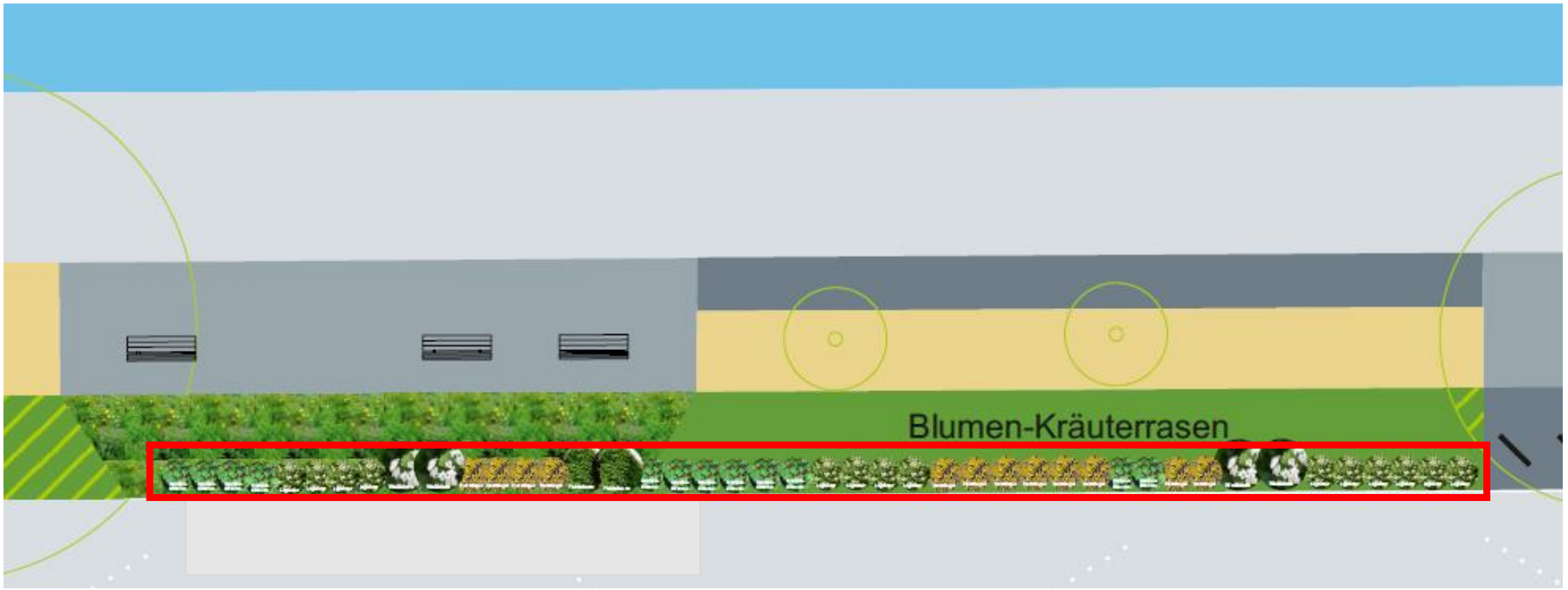


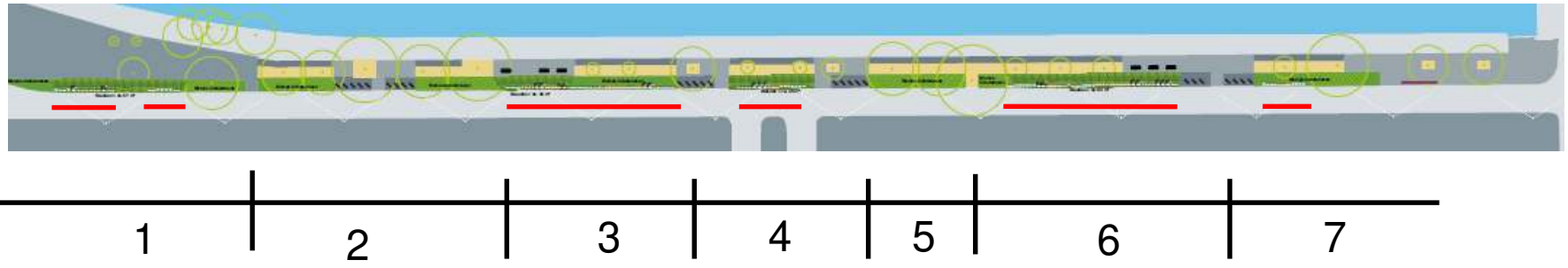
Abschnitt A.2



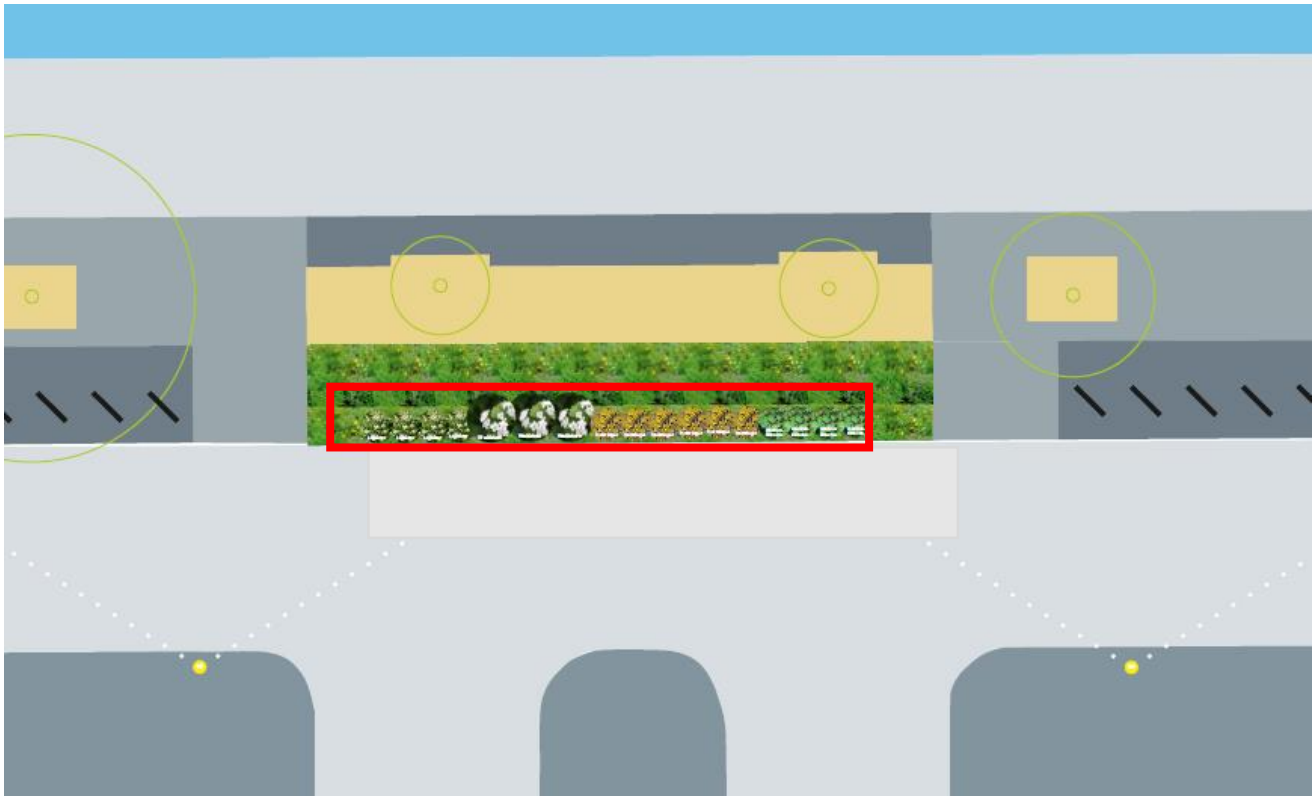


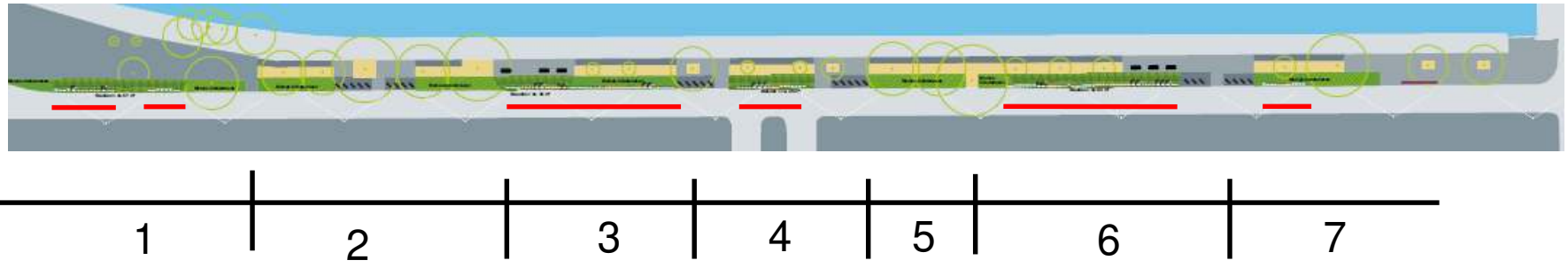
Abschnitt A.3



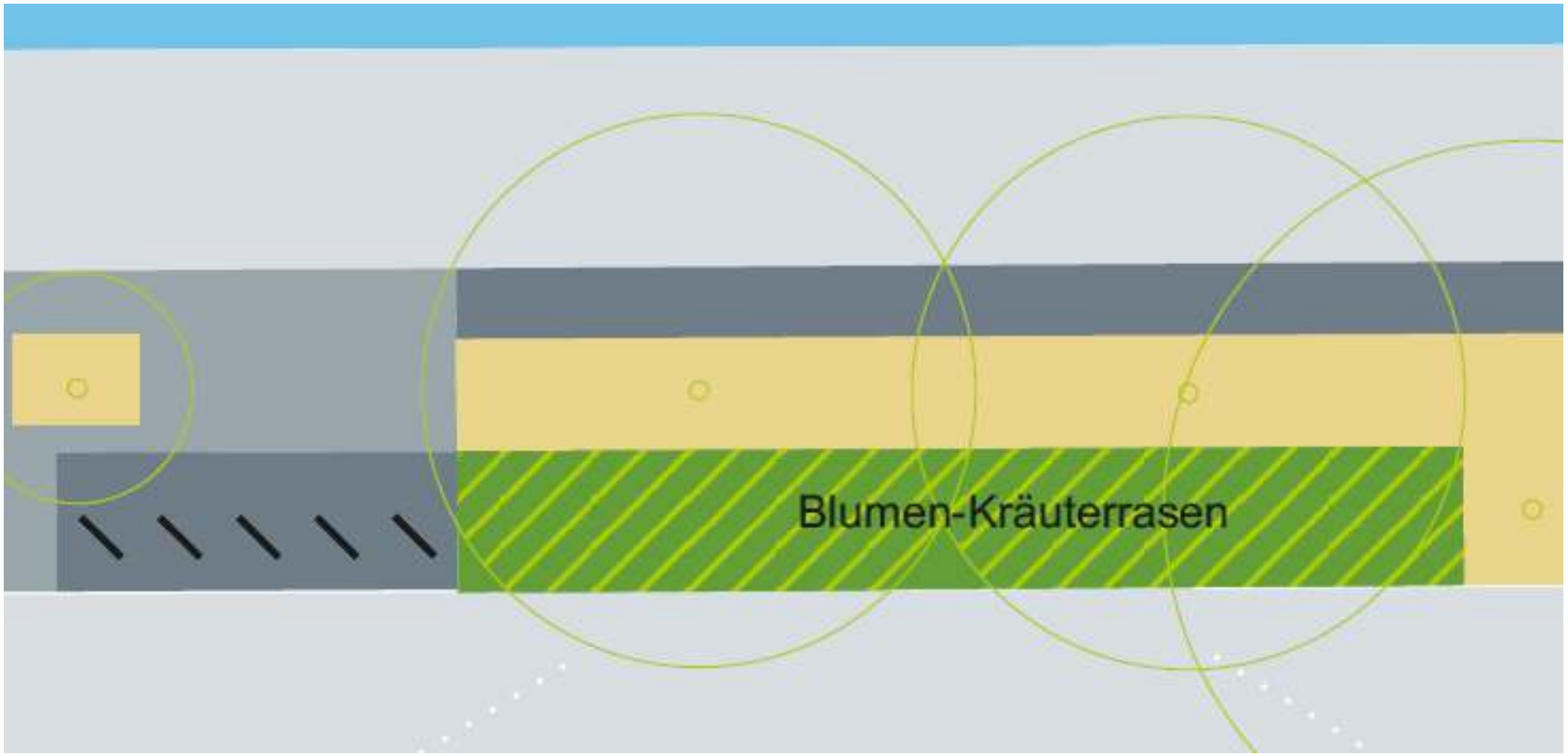


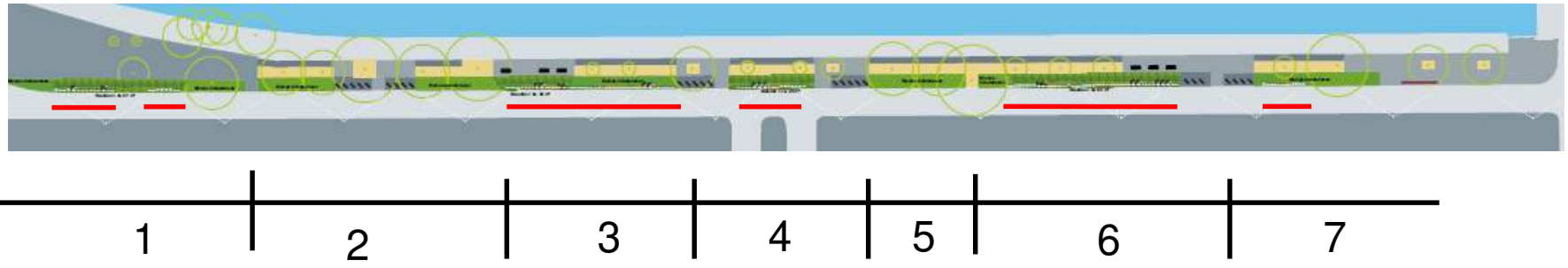
Abschnitt A.4



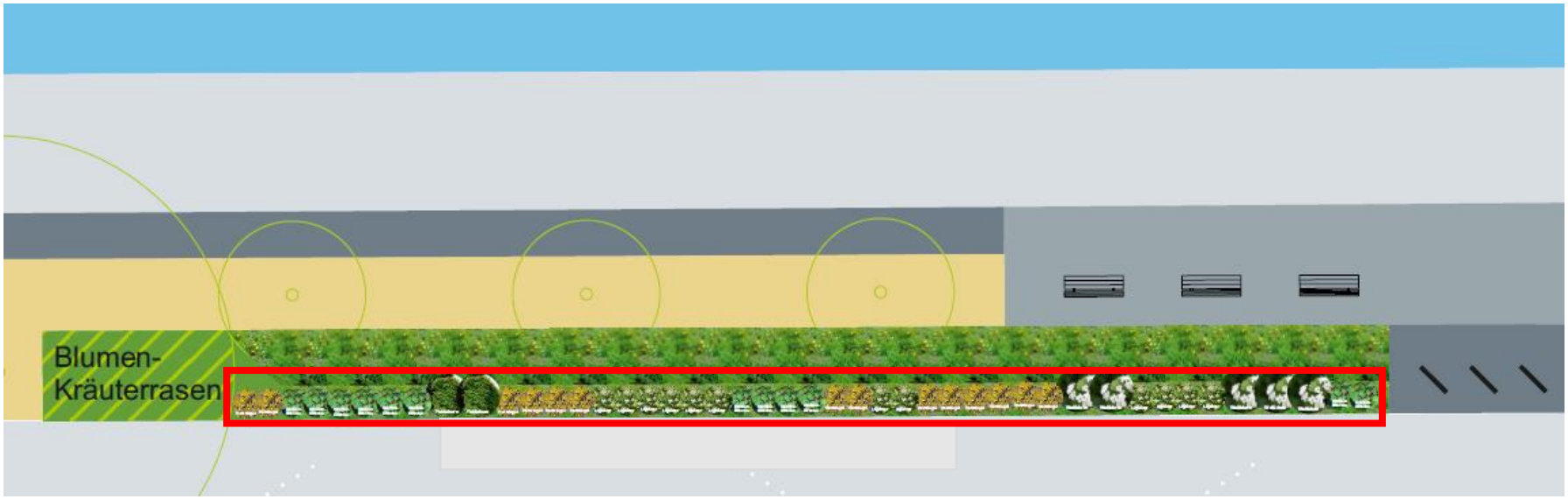


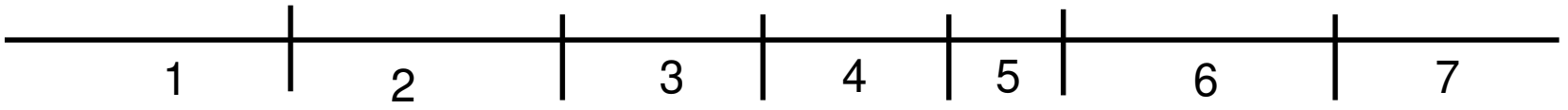
Abschnitt A.5



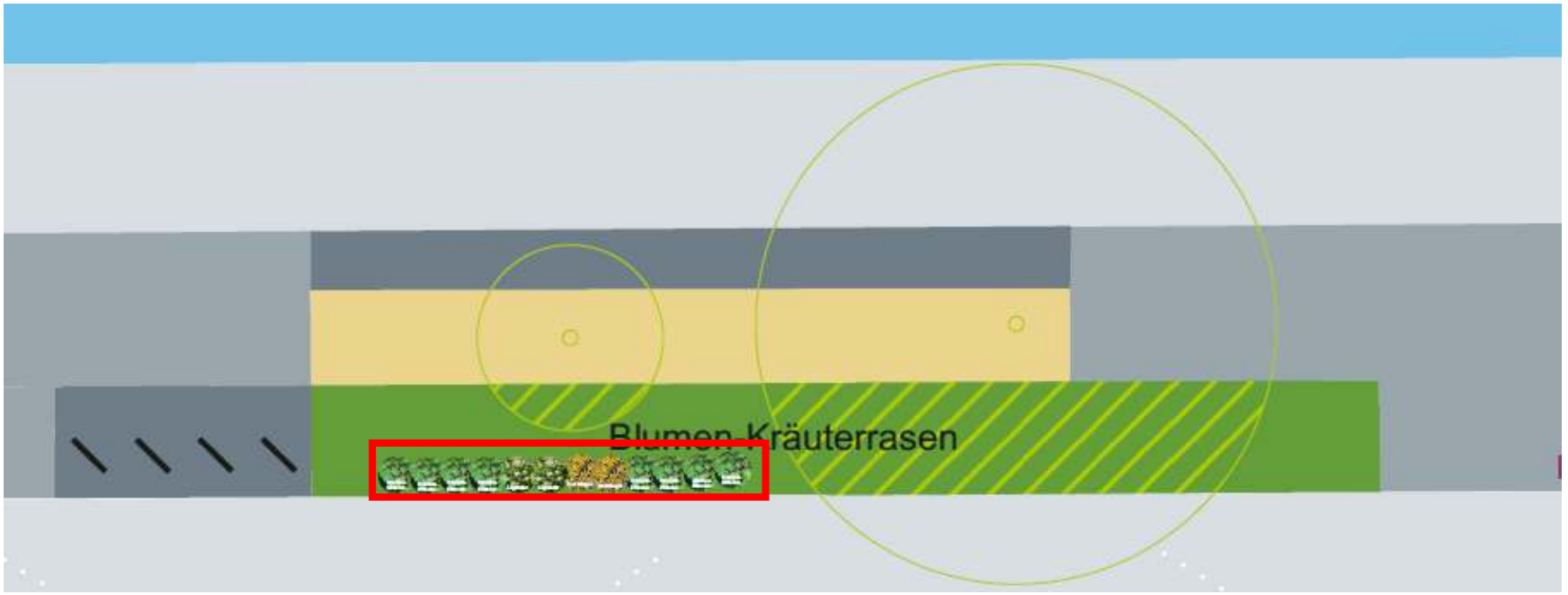


Abschnitt A.6

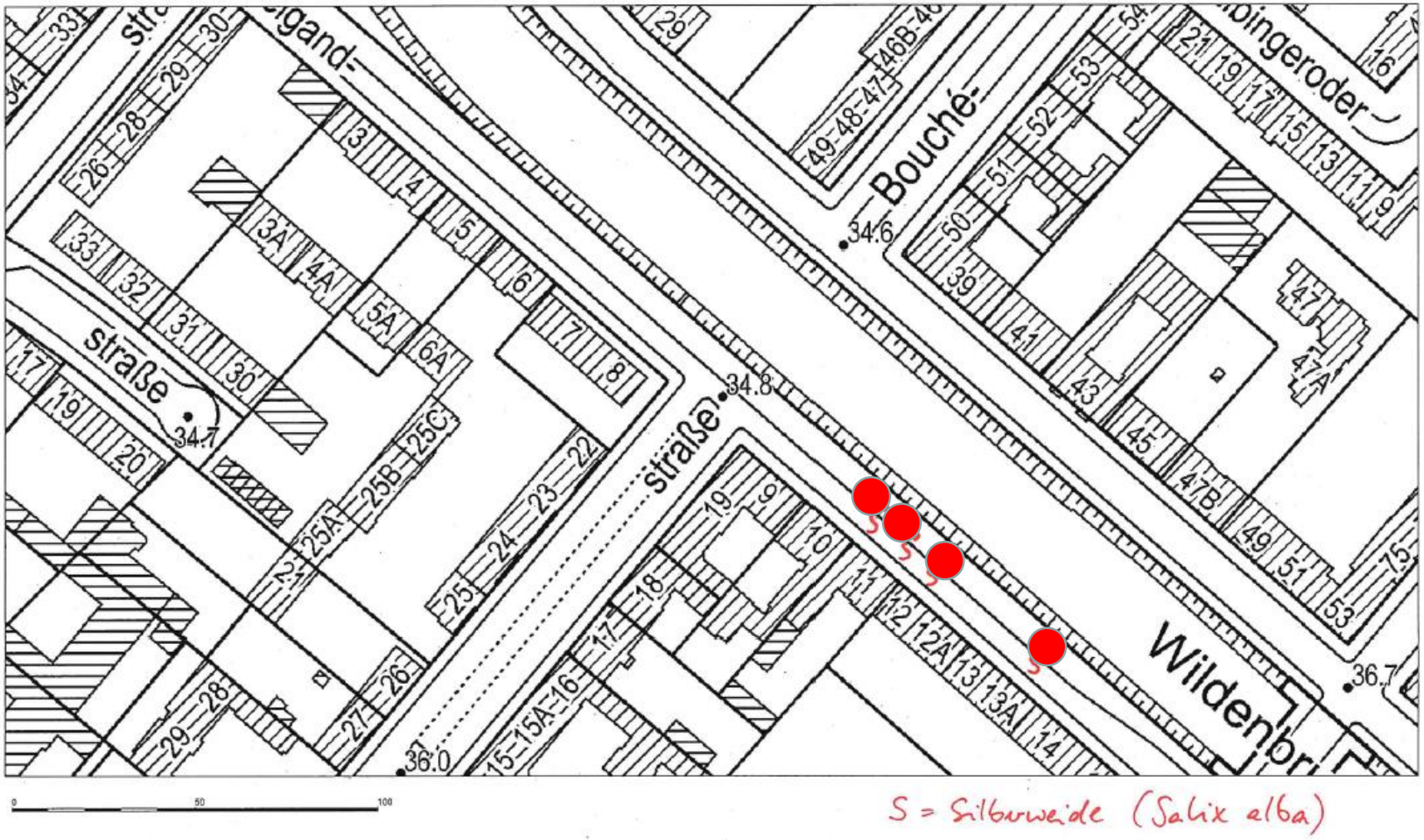




Abschnitt A.7



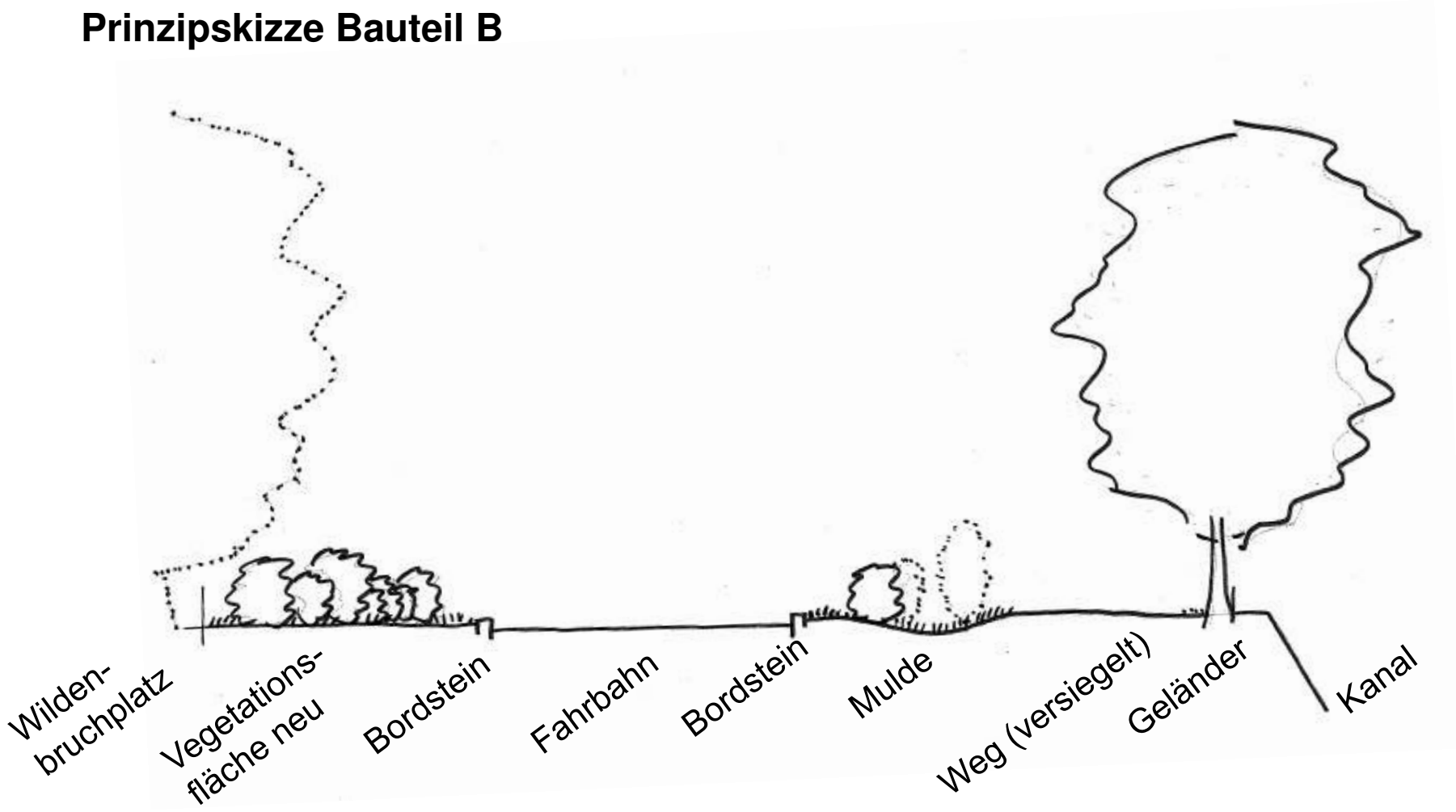
Anpflanzung von Bäumen:
4 Silberweiden zwischen Elbe- und Wildenbruchstraße



Bauteil B (zwischen Inn- und Wildenbruchstraße, befindet sich bereits im Bau)

- Anpflanzung von Strauchgruppen auf der Parkseite
- Anpflanzung von Einzelsträuchern/Kleingruppen auf der Kanalseite (in der Mulde)
- Anpflanzung von Bäumen

Prinzipskizze Bauteil B



Bauteil B (zwischen Inn- und Wildenbruchstraße, befindet sich bereits im Bau)

Anpflanzung von Strauchgruppen auf der Parkseite,

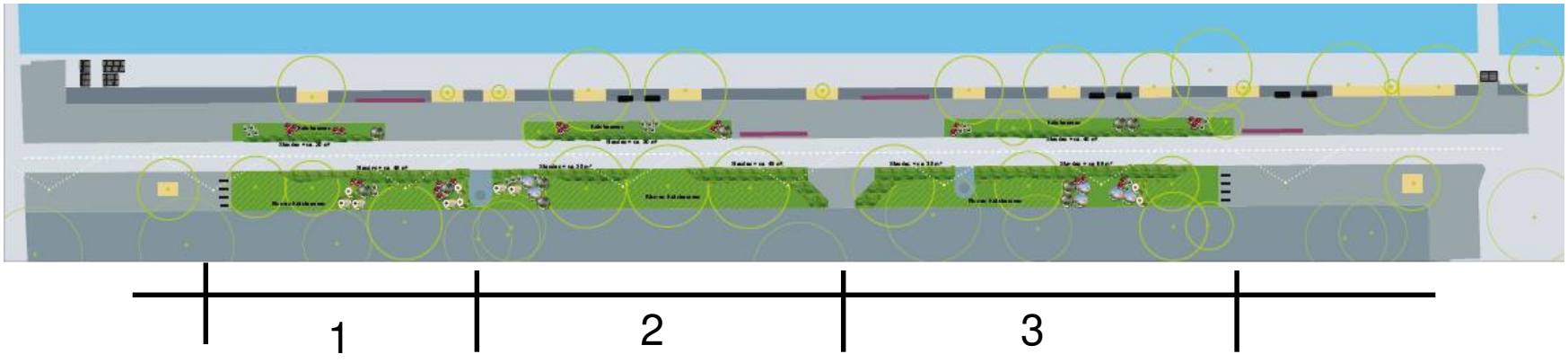
Anpflanzung von Einzelsträuchern/Kleingruppen auf der Kanalseite (in der Mulde)

- 10 Felsenbirnen (Sträucher)
- 5 Berberitzen
- 66 Johannisbeeren schwarz
- 75 Johannisbeeren rot
- 5 Hundsrosen
- 6 Weinrosen

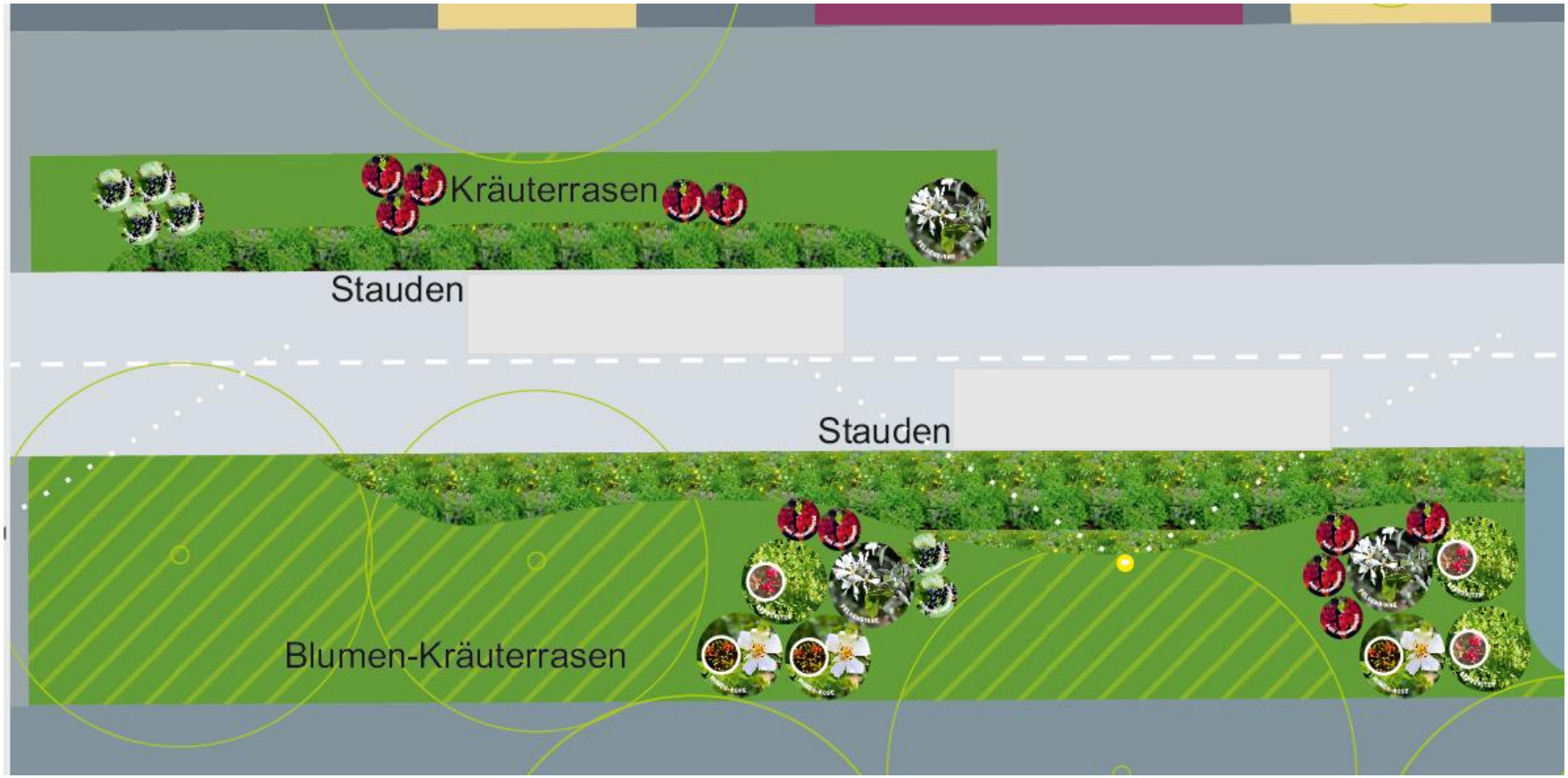
→ Gesamt: **167 Sträucher**, 115 m²

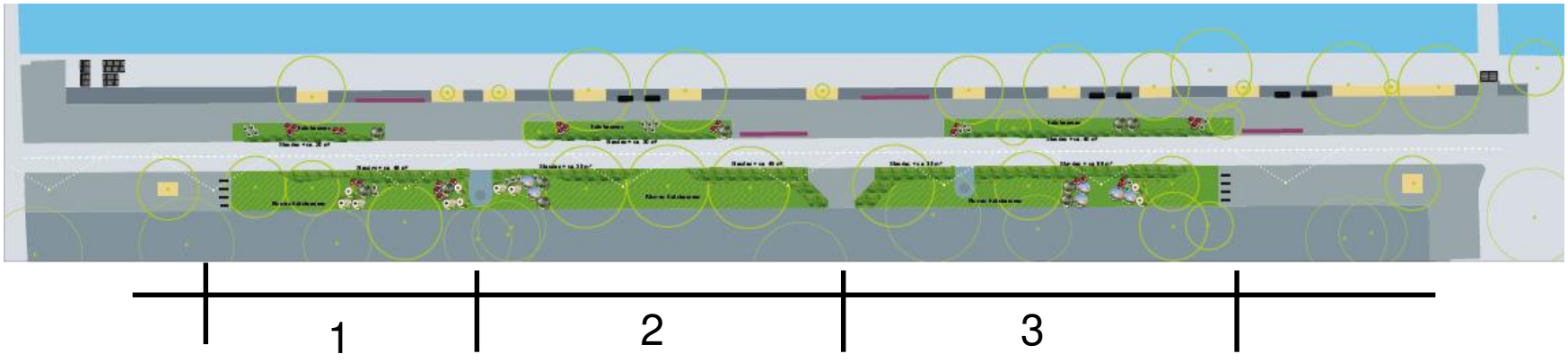
Anpflanzung von **Bäumen**:

- 6 Amberbäume
- 2 Felsenbirnen (Bäume)

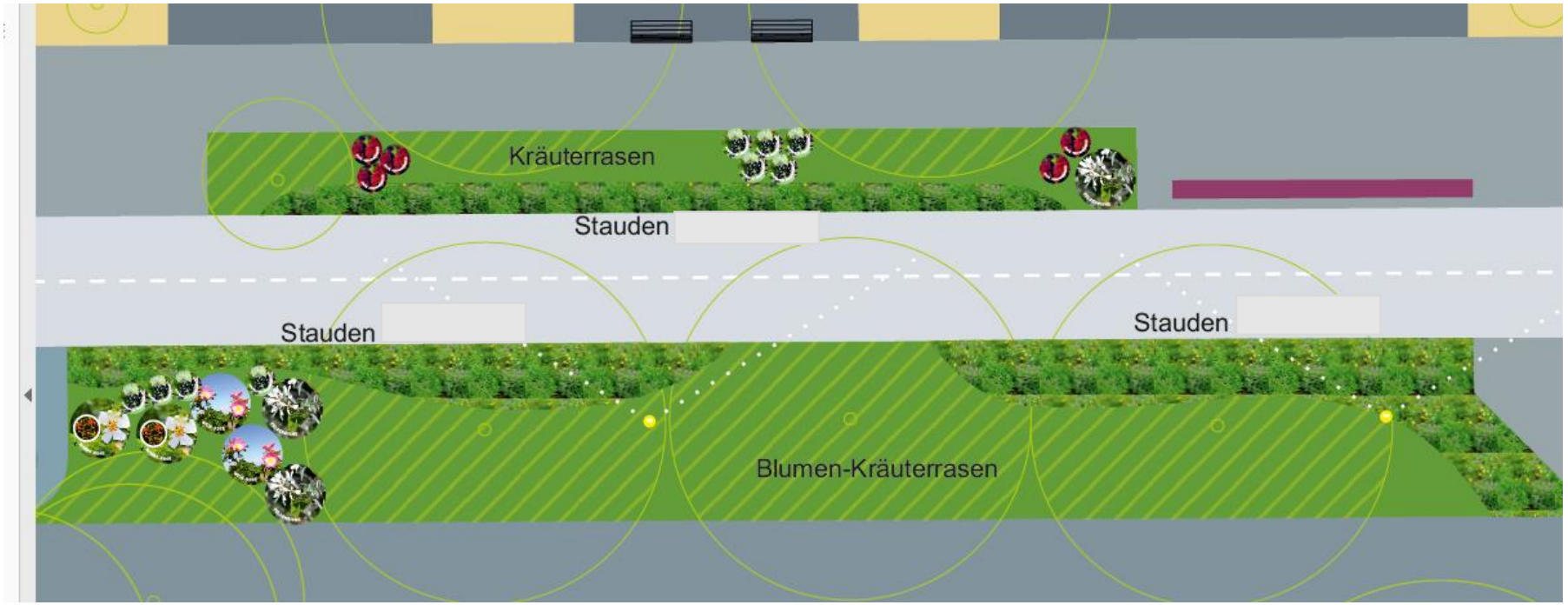


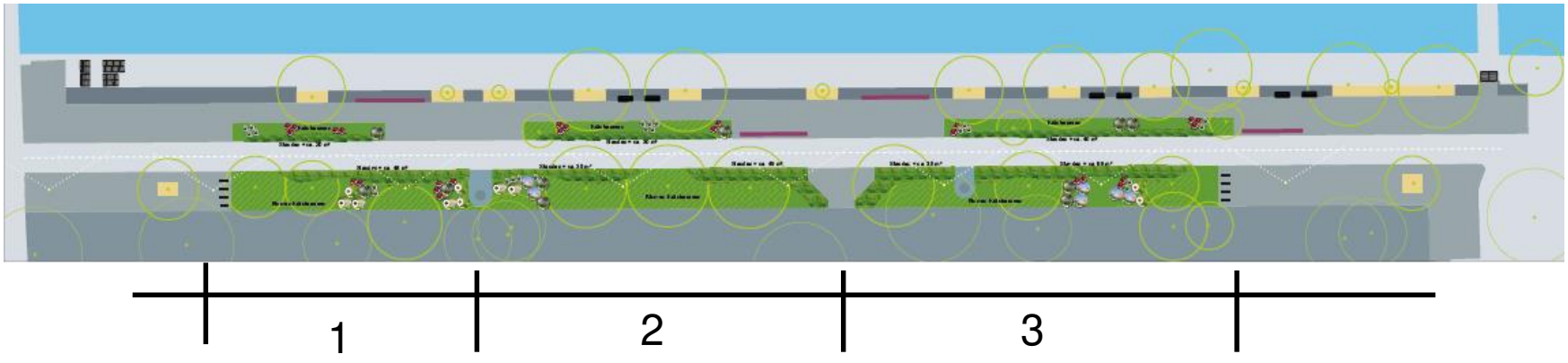
Abschnitt B.1



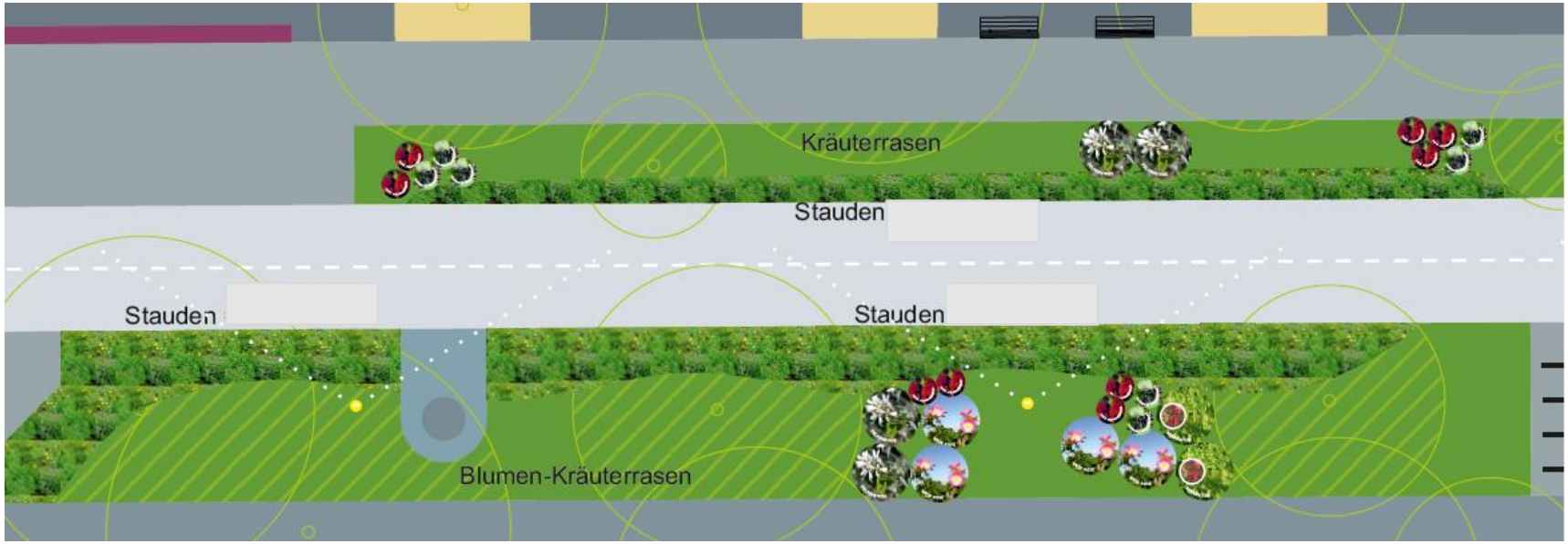


Abschnitt B.2

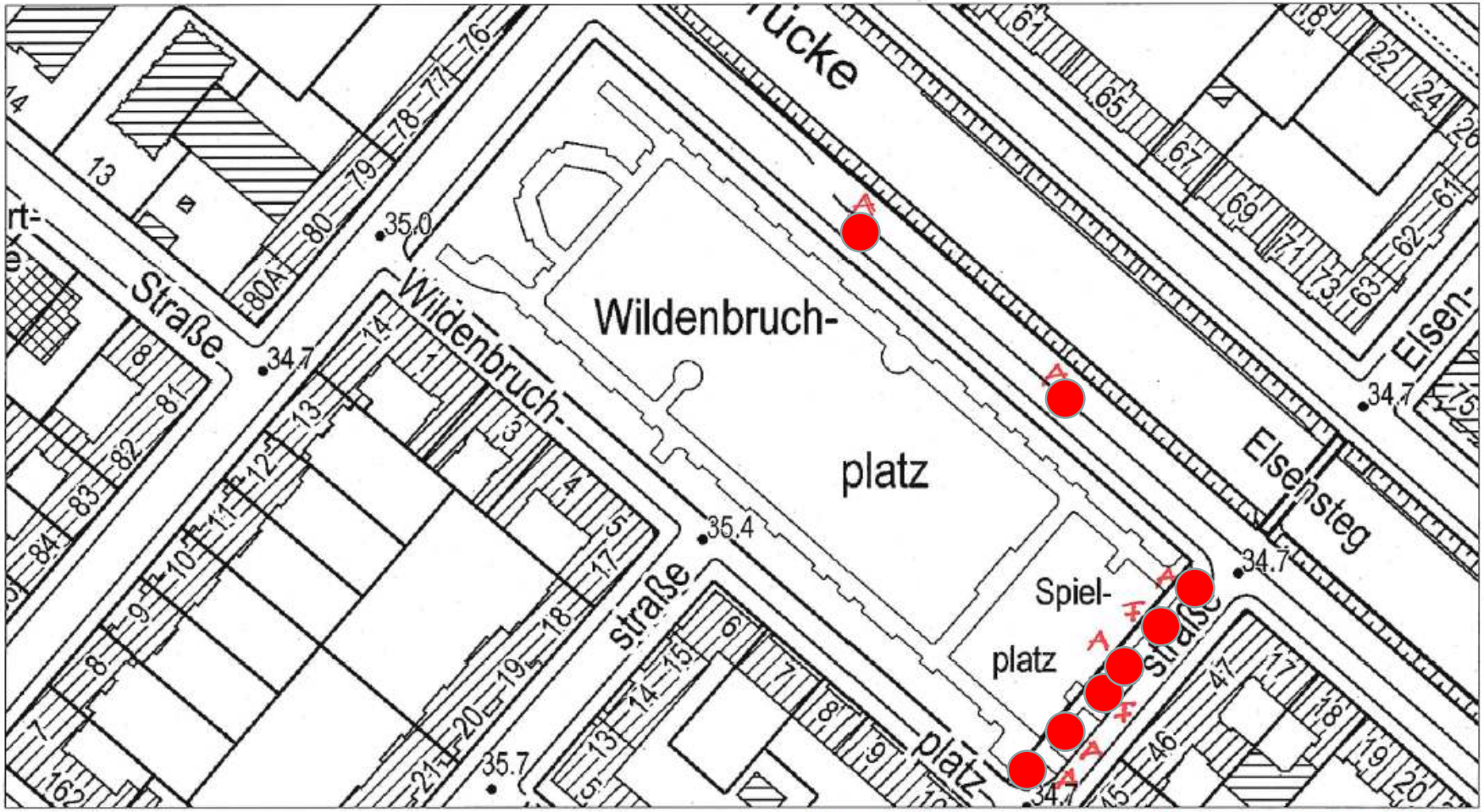




Abschnitt B.3



Anpflanzung von Bäumen:
6 Amberbäume
2 Felsenbirnen



Potenziale für Strauchpflanzungen im Umfeld

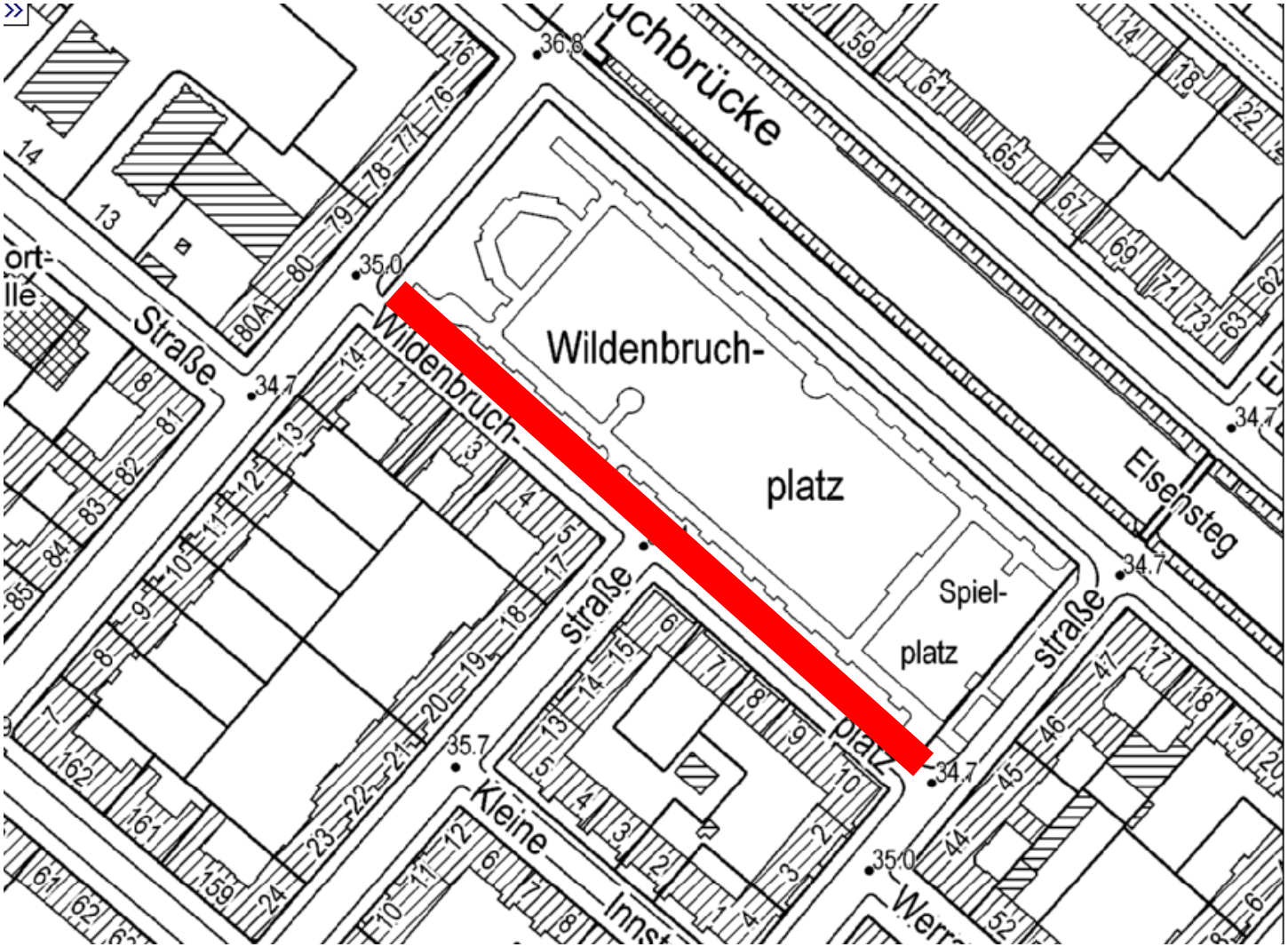
Wildenbruchplatz (südlich-westliche Kante), ca. 150 m²

Weigandufer (zwischen Rosegger und Treptower Straße), ca. 100 m²

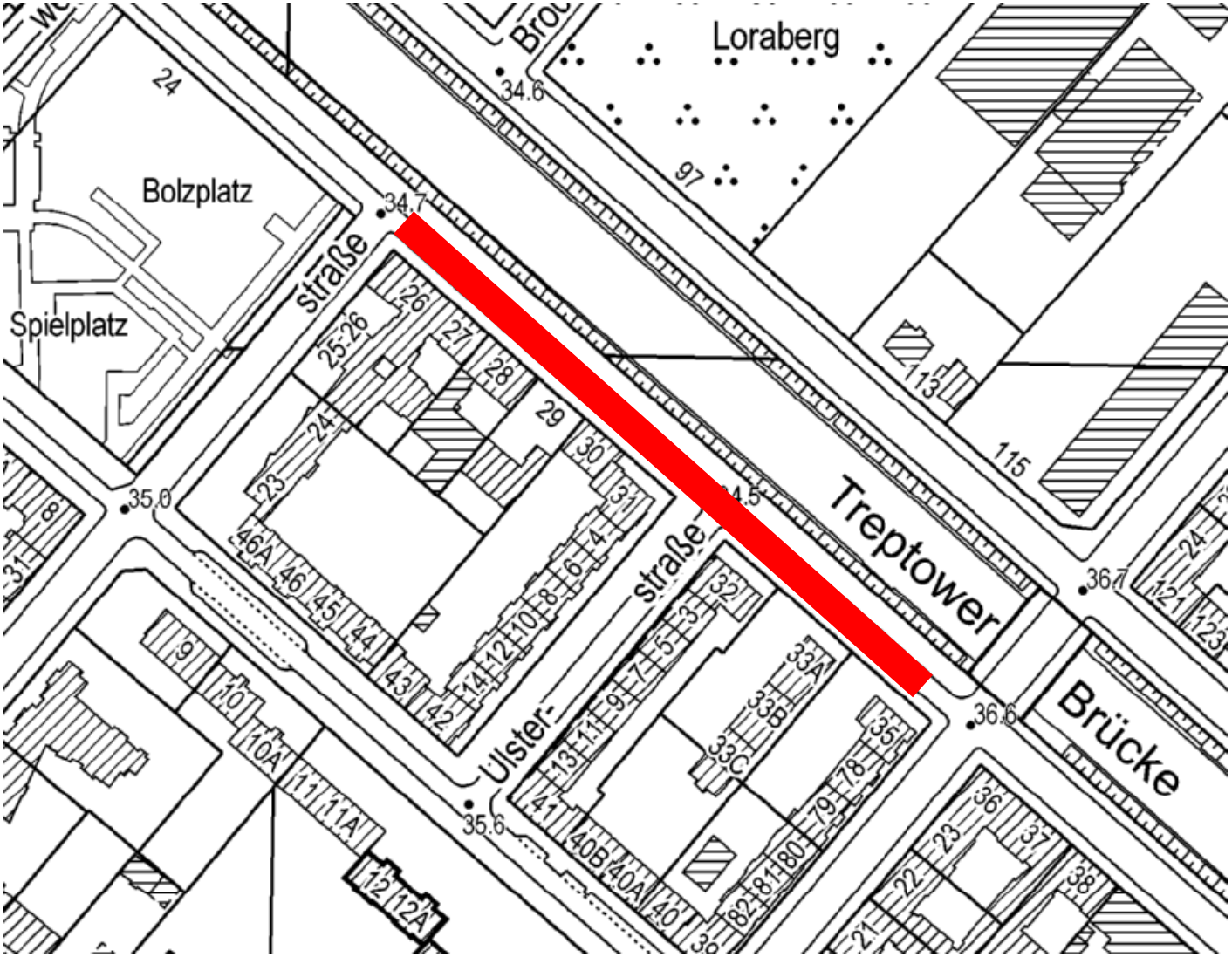
Potenziale für Baumpflanzungen im Umfeld

Im Quartier zwischen Weigandufer, Weichsel-, Treptower und Weserstraße: ca. 10 Straßenbäume

Potenziale für Strauchpflanzungen im Umfeld



Potenziale für Strauchpflanzungen im Umfeld



Anhang

Hinweisblatt zur Begrenzung von Regenwassereinleitungen

Hinweisblatt

Stand Juli 2018

Begrenzung von Regenwassereinleitungen bei Bauvorhaben in Berlin (BReWa-BE)

Veranlassung und Ziel

Mit der wachsenden und sich zunehmend verdichtenden Stadt nimmt die Bodenversiegelung durch Neubau, Nachverdichtung und Umnutzung zu. Das Regenwasser von versiegelten Flächen fließt schneller ab, der Oberflächenabfluss nimmt weiter zu. Weniger Wasser steht für Versickerung und Verdunstung und damit zur Kühlung der Stadt zur Verfügung. Bei starken Regenfällen kann die Kanalisation die Wassermassen nicht mehr fassen und es kommt zu Überflutungen im städtischen Raum. Auch die Berliner Oberflächengewässer sind bereits teilweise hydraulisch aus- bzw. überlastet. An zahlreichen Gewässern kann es somit zu Überschwemmungen mit relevanten Folgeschäden kommen.

Nicht nur die Menge stellt bei Starkregen ein Problem dar. Das abfließende Regenwasser trägt von Straßen und anderen versiegelten Flächen Schad- und Nährstoffe ins Gewässer. Im Bereich des Mischsystems, wo Schmutz- und Regenwasser in einer Leitung zum Klärwerk transportiert werden, kommt es dazu, dass das System bei Starkregen überläuft und mit Regenwasser verdünntes Schmutzwasser in die Gewässer gelangt. Dies hat gravierende Folgen für die Gewässer, die z. B. im massenhaften Sterben von Fischen sichtbar werden. Vor dem Hintergrund des Klimawandels ist eine Zunahme von Starkregen wahrscheinlich.

Damit es nicht zu einer Zunahme von Schadenspotenzialen, weiteren Beeinträchtigungen für die Gewässer und erhöhten klimatischen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger kommt, ist eine Neuausrichtung des Regenwassermanagements von der reinen Ableitung hin zu einer Bewirtschaftung auf dem Grundstück notwendig. Dazu stehen eine Vielzahl von Verfahren zur Verdunstung, Nutzung, Versickerung und Speicherung des Regenabflusses zur Verfügung. Die Ableitung des Regenwassers ist auf ein natürliches Maß zu begrenzen. Dies gilt für Vorhaben gemäß § 29 (1) Baugesetzbuch (Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen).

Diese Neuausrichtung konkretisiert die aktuellen umweltpolitischen und -strategischen Ziele der dezentralen Regenwasserbewirtschaftung. Mit Begrenzung der Regenwassereinleitungen werden die wasserrechtlichen Vorgaben in die Praxis implementiert sowie die Zielsetzung der Wasserrahmenrichtlinie unterstützt.

Wasserrechtliche Grundlagen

Nach § 5 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz des Bundes (WHG) ist jede Person bei Maßnahmen, mit denen Einwirkungen auf ein Gewässer verbunden sein können, verpflichtet, nachteilige Veränderungen der Gewässereigenschaften zu vermeiden, die Leistungsfähigkeit des Wasserhaushalts zu erhalten sowie eine Vergrößerung und Beschleunigung des Wasserabflusses zu vermeiden. Die Gewässer sind nachhaltig zu bewirtschaften, u. a. mit dem Ziel, möglichen Folgen des Klimawandels vorzubeugen sowie an oberirdischen Gewässern so weit wie möglich natürliche und schadlose Abflussverhältnisse zu gewährleisten und insbesondere durch Rückhaltung des Wassers in der Fläche der Entstehung von nachteiligen Hochwasserfolgen vorzubeugen (vgl. § 6 Abs. 1 Nr. 5 und 6 WHG).

Hinweisblatt zur Begrenzung von Regenwassereinleitungen

Hinweisblatt

Stand Juli 2018

Regenwasser, welches aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen gesammelt abfließt, ist Abwasser (§ 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WHG) und muss so beseitigt werden, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird (§ 55 Abs. 1 Satz 1 WHG). Gemäß § 27 WHG ist für oberirdische Gewässer der gute chemische und ökologische Zustand bzw. das gute ökologische Potential zu erreichen. Eine Verschlechterung ist zu vermeiden. Für die Regenwasserbewirtschaftung ist in Abhängigkeit der Belastung des Regenwassers die Versickerung des Regenwassers über die belebte Bodenzone anzustreben (§ 36a Berliner Wassergesetz). Eine Erlaubnis für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Direkteinleitung) darf nur erteilt werden, wenn die Menge und Schädlichkeit des Abwassers so gering gehalten wird, wie dies bei Einhaltung der jeweils in Betracht kommenden Verfahren nach dem Stand der Technik möglich ist (§ 57 WHG).

Regelung zur Begrenzung von Regenwassereinleitungen

Bei einem Bauvorhaben ist die Regenwasserbewirtschaftung auf dem Grundstück durch planerische Vorsorge sicher zu stellen. Ist eine Einleitung nicht zu vermeiden, ist diese nur in Höhe des Abflusses zulässig, der im „natürlichen" Zustand (ohne Versiegelung) auftreten würde. Diese „natürlichen" Gebietsabflüsse sollen zukünftig als Orientierung für Einleitbegrenzungen von Regenwasser herangezogen werden. So soll die Begrenzung von Regenwassereinleitungen basierend auf differenzierten Einleitvorgaben rechtlich geregelt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt gelten folgende Übergangsregelungen:

Bei laufenden städtebaulichen Planungsverfahren, Anträgen auf Erlaubnis (direkte Einleitung ins Oberflächengewässer) und Genehmigungen (mittelbare Einleitung in die Kanalisation) werden folgende Einleitbegrenzungen vorgegeben:

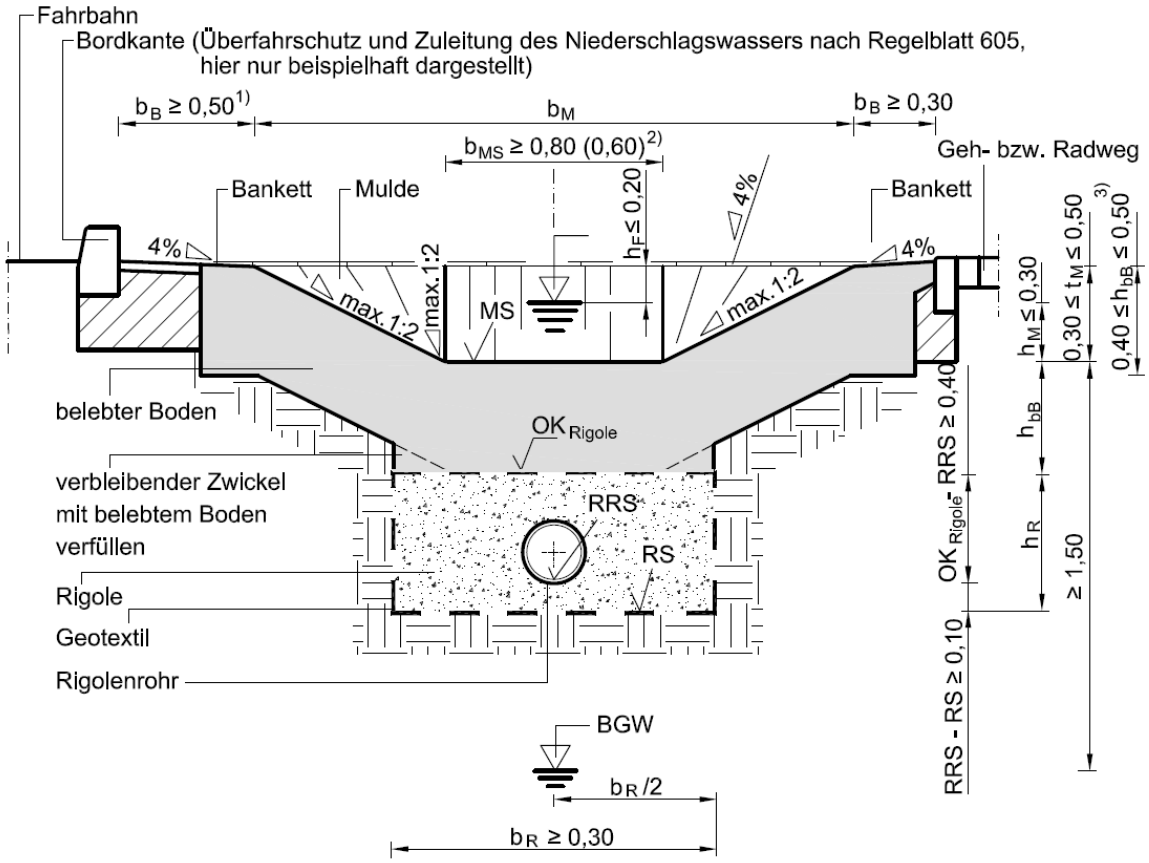
Bei Bauvorhaben im Einzugsgebiet eines Gewässers 2. Ordnung gilt eine maximale Abflussspende von 2 l/(s*ha), im Einzugsgebiet eines Gewässers 1. Ordnung oder im Einzugsgebiet der Mischwasserkanalisation von 10 l/(s*ha) für die Fläche des kanalisierten bzw. durch das Entwässerungssystem erfassten Einzugsgebietes ($A_{E,k}$). Ergibt sich hieraus eine Einleitmenge von weniger als 1 l/s, wird aufgrund der technischen Machbarkeit die Drosselvorgabe auf 1 l/s begrenzt.

Die Einleitbeschränkung gilt als maximal zulässiger Drosselabfluss und ist bei mittelbaren Einleitungen in die Kanalisation unabhängig von der Jährlichkeit.

Durch den Grundstückseigentümer ist sicherzustellen, dass die Regenmenge, die die zulässige Einleitmenge übersteigt, schadlos auf dem Grundstück zurückgehalten wird und somit ein Schutz vor Überflutung bei Starkregen gegeben ist. Das Regenwasser darf nicht in den Straßenraum oder in angrenzende Grundstücke entlastet werden bzw. zu Schäden bei Dritten führen. Für Grundstücke mit einer abflusswirksamen Fläche von mehr als 800 m² ist ein entsprechender Überflutungsnachweis im Sinne der technischen Regelwerke zu erbringen. Für Grundstücke mit einer abflusswirksamen Fläche bis zu 800 m² ist ein geeigneter Überflutungsnachweis in Anlehnung an die technischen Regelwerke zu führen.

Aufbau einer Mulde – Regelblatt 601 der BWB

Regelblatt 601 gilt für Mulden-Rigolen-Systeme und deren **einzelnen Bestandteile (z.B. Mulde)**



DIN 18040 Norm Barrierefreies Bauen

DIN 18040-1 - Öffentlich zugängliche Gebäude

DIN 18040-1

DIN 18040-1 Barrierefreies Bauen - Planungsgrundlagen - Teil 1: Öffentlich zugängliche Gebäude Ausgabe: 2010-10

(…)

Es wird unterschieden zwischen Platzbedarf und Bewegungsflächen mit und ohne Richtungsänderung.

- mit Richtungsänderung

  Breite: ≥ 150 cm
  Begegnungsfläche ≥ 180 x 180 nach höchstens 15 m Länge zum Ausweichen sich begegnender Rollstuhlfahrer

- ohne Richtungsänderung

  Breite: ≥ 120 cm

Die geforderten Bewegungsflächen dürfen nicht durch Bauteile oder Ausstattungselemente eingeengt werden

DIN 18040 Norm Barrierefreies Bauen

DIN 18040-3 - öffentlicher Verkehrsraum

DIN 18040-3

DIN 18040-3:2014-12 Barrierefreies Bauen - Planungsgrundlagen - Teil 3: Öffentlicher Verkehrs- und Freiraum

(…)

Blindenleitsystem, Straßenbahnhaltestelle

Flächen- und Raumbedarf für mobilitätseingeschränkte Menschen

Fußgängerflächen müssen barrierefrei nutzbar und so bemessen sein, dass für die VerkehrsteilnehmerInnen mit dem größten Flächenbedarf die gleichberechtigte Teilhabe gesichert ist. Das sind i.d.R. RollstuhlfahreInnen und Menschen, die auf Gehhilfen oder Langstöcke (und auch Kinderwagen) angewiesen sind. Zu berücksichtigen sind Greifhöhe, Greiftiefe und Unterfahrbarkeit von Bedienelementen, sowie eine ausreichende lichte Höhe von 2,25 m.

Mindestplatzbedarf von Menschen in Rollstühlen

Breite zur Begegnung: ≥1,80 m

für den Richtungswechsel: ≥1,50 x 1,50 m

Breite in Durchgängen: ≥0,90 m

Zur Fahrbahn sind 50 (30) cm und zur Hauswand 20 cm Sicherheitsabstand einzuhalten. Zwischen niveaugleichen, getrennten Fußwegen und Radwegen ist ein **Trennstreifen** von mindestens 30 cm Breite vorzusehen, der Bestandteil des Gehweges, aber nicht der nutzbaren Gehwegbreite ist.

AV Geh- und Radwege

2 – Breiten/Abstandsmaße

(1) **Als Breite der Gehwege** gilt das Maß zwischen Straßengrenze und Fahrbahnrand. Ist zwischen der Fahrbahn und dem Gehweg ein/-e Radweg/Grünfläche angelegt, so ist die Breite des Gehweges das Maß zwischen Straßengrenze und Radwegrand/Grünflächeneinfassung. Straßenbegleitende Gehwege sollen eine Breite von 2,5 m, in Ausnahmefällen von 2 m, nicht unterschreiten. Die von Hindernissen freizuhaltende nutzbare Breite soll mindestens 1,6 m betragen. Außerdem ist ein 0,5 m breiter Schutzabstand zur Fahrbahn hin einzuhalten. Bei angrenzendem Schräg- und Senkrechtparkstreifen ist ein Überhangmaß von 0,75 m zu beachten. Die Mindestbreiten dürfen nur unterschritten werden, wenn bei beengten Verhältnissen andernfalls auf die Ausbildung von Gehflächen ganz verzichtet werden müsste.

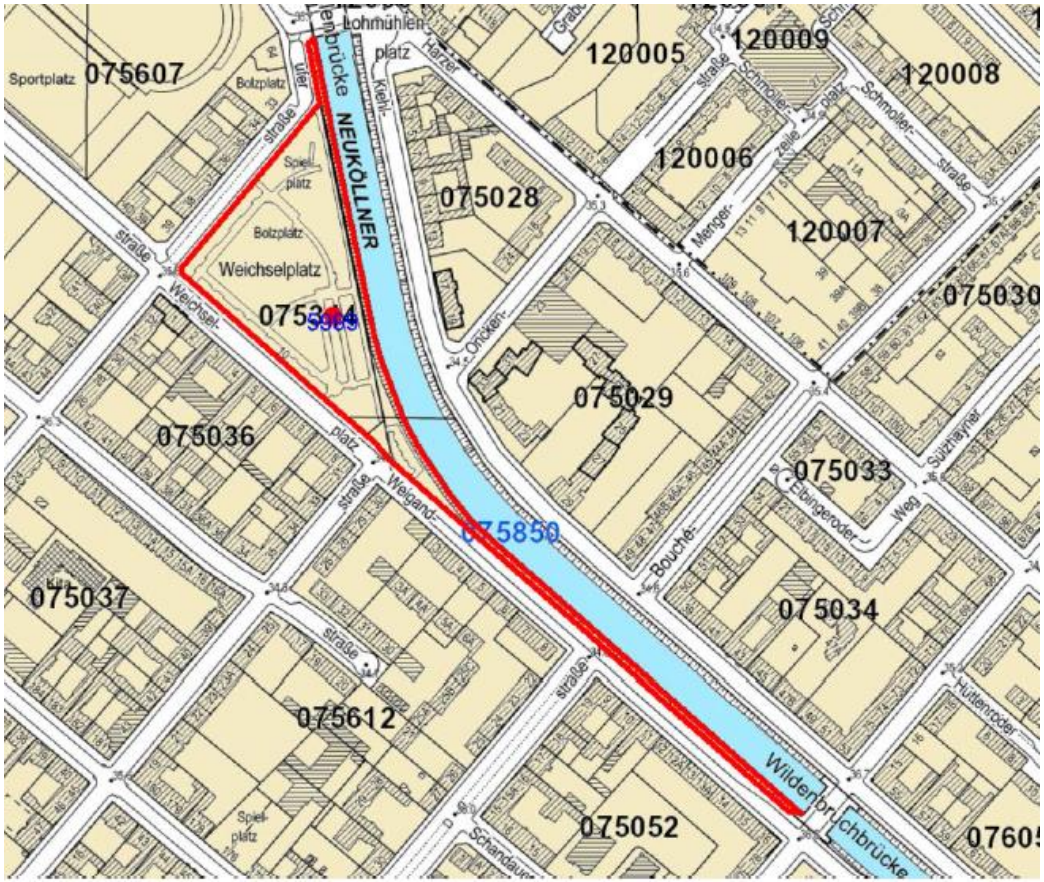
(2) **In der Regel** sind zur Gewährleistung einer möglichst störungsfreien Begehbarkeit und eines angemessenen, nutzungsbezogenen Aufenthaltes Gehwegbreiten vorzusehen, die deutlich über den Mindestwerten liegen.

Es gelten nachfolgende Richtwerte:

Straßentyp	Gehwegbreite (mit Baumscheiben)
– Hauptverkehrsstraßen	4 m bis 5 m
– Einkaufsstraßen	6 m bis 8 m
– Wohnstraßen	5 m
– Industrie- und Gewerbestraßen	4 m
– Siedlungsstraßen	3 m bis 4 m

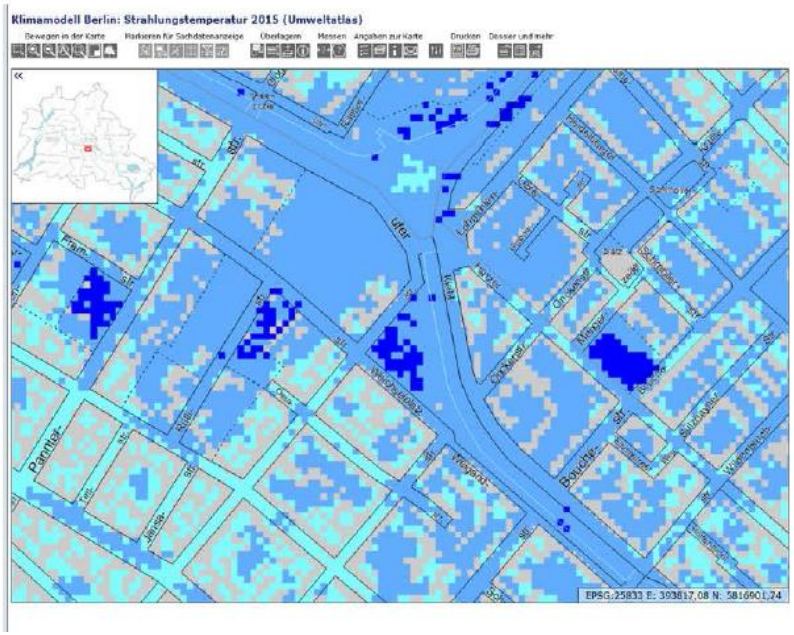
Grund zur Einstufung des Ufers als „höchste Schutzwürdigkeit“

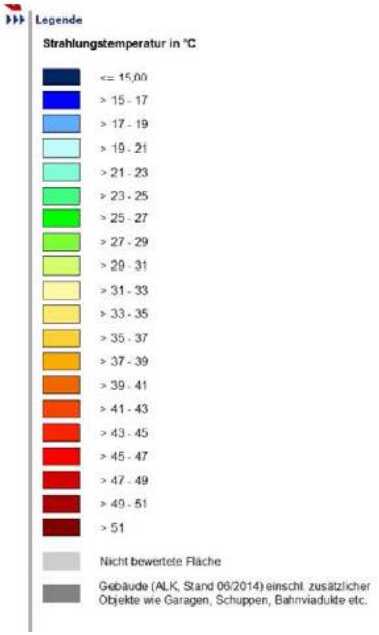
Einteilung in Blöcke



Grund zur Einstufung des Ufers als „höchste Schutzwürdigkeit“

Auswertung der Raster





Die Screenshots zeigen, dass sich die wertigsten Flächen im Bereich des Weichselplatzes selbst befinden, während der schmale südöstliche Bereich das Niveau der angrenzenden Straßenräume einnimmt (und damit keine über dem Umfeld liegende Wertigkeit zeigt). Der Schluss liegt nahe, dass die Gesamtbewertung in der PHK entscheidend durch den westlichen Bereich (Weichselplatz) bestimmt wird, während der südöstliche Bereich in der Wertigkeit abfällt, aber die Gesamteinstufung „höchste Schutzwürdigkeit“ nicht ‚verhindert‘ (aber auch nicht begründet).